

## JANINA PFAU - DIREKTKANDIDATIN FÜR DIE BUNDESTAGSWAHL!



Am 23. Februar 2013 wählte DIE LINKE im Vogtland in Oberhermsgrün ihre Direktkandidatin für die im September stattfindende Bundestagswahl.

Zur Wahl stellte sich die Kreisvorsitzende Janina Pfau. Die 29-jährige Vogtländerin wurde mit 77,5% der abgegebenen Stimmen gewählt. Janina Pfau war bereits 2009 als Direktkandidatin für DIE LINKE angetreten und konnte auf Anhieb 24,9 % erreichen.

In ihrer Bewerbung betonte die junge Vogtländerin, dass sie für soziale Gerechtigkeit wie gute Arbeit und gleiche Bezahlung, statt niedriger Löhne und unsicherer Jobs im Vogtland kämpfen will. Aber auch demographische Probleme wie beispielsweise die flächendeckende medizinische Versorgung liegen ihr am Herzen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Versammlung sprachen ihren Protest zur Aufhebung der Immunität der

sächsischen Bundestagsabgeordneten Caren Lay und Michael Leutert aus. Sie fordern die diskriminierende Behandlung von Kämpfern gegen Rechtsextremisten sofort einzustellen. Beiden wurden, aufgrund der Teilnahme an einer Blockade in Dresden gegen einen Aufmarsch von Rechtsextremisten im letzten Jahr, die Immunität aufgehoben. Somit kann die Staatsanwaltschaft in Dresden Anklage erheben.

*Red.*

<b>aus dem Inhalt:</b>	Vorsitzende der LINKEN im Vogtland....	Seite 2
	Neuer Kreisvorstand gewählt.....	Seite 4
	Wahlen.....	Seite 5
	Brauner März 1933 in Plauen.....	Seite 6

## VORSITZENDE DER LINKEN IM VOGTLAND

Die Bundesvorsitzende DER LINKEN Katja Kipping auf Sachsentour im Vogtland zu Besuch

*Im Rahmen ihrer Sachsentour besuchte Katja Kipping Mitte Februar das Vogtland. Aus aktuellem Anlass erfolgte als erste Station ein Solidaritätsbesuch bei den streikenden Mitarbeitern der Paracelsus-Klinik in Reichenbach. Zwei Korrespondenten des Vogtlandboten schildern im folgenden ihre Eindrücke von diesem Besuch. - red.*

„Den Humanismus einer Gesellschaft erkennt man daran, wie sie mit ihren Schwächsten umgeht.“

Dieser Satz bestätigte sich wieder einmal.

Am 14. Februar besuchte unsere Bundesvorsitzende Katja Kipping das Pflege- und das Dementenheim in Netzschkau, beide in Trägerschaft der Diakonie. Es waren sehr emotionale und nachdenklich machende 160 Minuten. Katja, die sich in der Bundestagsfraktion auch mit der sozialen Problematik beschäftigt, hatte dabei keinerlei Berührungängste, weder mit den Mitarbeitern noch mit den Patienten. Sehr freundlich und einfühlsam ging sie auf beide Gruppen zu.

So erfuhr sie, dass die Pflegesätze im Westen deutlich höher liegen als bei uns, dass auch in einer solchen Einrichtung der Kostendruck enorm ist, dass für den Dienst am Menschen auf Grund umfangreicher geforderter Dokumentationen leider viel zu wenig Zeit bleibt, und dass auch diese „letzte Station im Leben“ sich nicht vom gewöhnlichen Kapitalismus abhebt. Es muss sich eben alles rechnen.

Viel Verständnis zeigte Katja für das Pflegepersonal, das für einen relativ geringen Lohn alles Menschenmögliche tut. Um den alten und kranken Menschen ein Höchstmaß an Geborgenheit und Zuwendung zu geben. Sie versprach, dass die LINKE im Bundestag - wie bisher auch - entschieden gegen alle Kürzungen im sozialen Bereich eintreten werde und erklärte, dass die von uns im Wahlprogramm vorgesehene Bürgerversicherung auch im Pflegebereich vieles finanziell verbessern könnte, da dann ja alle beteiligt wären.

Ich glaube, dass Katja mit dieser, dem einen oder anderen vielleicht erstaunlich anmutenden Auswahl des Besuchsortes, viele Sympathiepunkte sammeln konnte und der eingangs zitierte Satz die Wahlentscheidung am 22. September durchaus beeinflussen könnte - nein: müsste.

*Helga Hoffmann - Netzschkau*



*Katja Kipping fand während des Forums aufmerksame Zuhörer*

Anschließend wurden zwei Pflegeobjekte der Diakonie Reichenbach in Netzschkau besucht. Im Pflegeheim begrüßten Genossin Kipping die Heimleiterin, Frau Annerose Georgi, und die Pflegedienstleiterin, Frau Kati Schaller. Das Neue und moderne Pflegeheim mit 76 Betten wird zu 60 % von Demenz erkrankten Bürgern bewohnt.

Beim Stationsbesuch begrüßte Schwester Helga Schüler die Gäste und machte ihrem aufgestauten Frust über Kürzungen und sich stetig verschlechternden Rahmenbedingungen in der Pflege Luft. Gleichzeitig sprach sie für Katja eine Einladung zur Teilnahme an der Pflege auf Station aus. Frau Schüler begründete dies damit, dass es gut wäre, wenn Politiker auf Bundesebene persönlich erfahren, was Pflege unter diesen Bedingungen heißt. Vor allem bei den Pflegeschlüsseln und der Bezahlung in Sachsen.

Frau Schüler bekannte, sie liebe ihre Arbeit, die Arbeit mit stark hilfsbedürftigen Menschen. Nur mit viel Liebe und Einsatzbereitschaft sind die Aufgaben überhaupt noch zu bewältigen. Zu viel Zeit wird für die schriftlichen Pflegengachweise benötigt, die allein zählen für die Krankenkassen/Pflegekassen als Nachweis für Pflegesatzverhandlungen. Diese Zeit fehlt für pflegerische Zuwendung gegenüber den Menschen. Demente Menschen sprechen gut auf Musiktherapie, Gymnastik und Basteln an und genau dafür steht ungenügend Geld und Zeit zur Verfügung.

Katja Kipping erklärte, sie hat im vergangenen Jahr in Dresden für einige Stunden die Arbeit eines Pflegers übernommen, die Probleme sind ihr deshalb nicht völlig unbekannt. Sie bestärkte die Mitarbeiter in ihrem Ziel, Zuwendung zum Menschen und umfassende Fürsorge zu ihrem Wohle auch künftig zu verwirklichen.

Beeindruckt war Katja vom Neubau des Heimes für Demenzerkrankte, da es sich hier um einen Flachbau handelt und die Bewohner und Personal ganz ohne bauliche Behinderung sich bewegen können.

Am Abend fand in der Neuberin-Gaststätte in Reichenbach eine Diskussionsrunde statt. Dabei stand die bevorstehende Bundestagswahl und das dafür aufgestellte Programm im Mittelpunkt. Wenn auch nicht alle gestellten Fragen und Hinweise zur vollsten Zufriedenheit beantwortet werden konnten, war es ein gelungener Tag!

*Martin Mailach - Ellefeld*

## KREISMITGLIEDERVERSAMMLUNG WÄHLT KREISVORSTAND

Am 02. Februar 2013 fand in Wetzelsgrün die Kreismitgliederversammlung zur Wahl eines neuen Kreisvorstandes statt. Im Ergebnis der Aktivtagung vom 12.01.13 wurde die Wahl eines neuen Vorstandes notwendig, um die Arbeitsfähigkeit wieder herzustellen.

In seinem Bericht legte Thomas Höllrich nochmals die Gründe für die Neuwahl dar. Einige Vorstandsmitglieder konnten aus beruflichen oder familiären Gründen sich nicht mehr an der Vorstandsarbeit beteiligen und traten aus dem Vorstand aus. Somit lastete Vorstandsarbeit auf nur wenigen Schultern, was auf Dauer nicht zu bewältigen war.



Thomas machte auch deutlich, dass er die letzte Wahl angenommen hatte, um „alte Gräben“ zuzuschütten und Zerwürfnisse zu beseitigen. Leider war ihm das nicht gelungen.

Weiterhin berichtete er über die geleistete Arbeit des letzten Jahres und was erreicht wurde. So konnte der Kontakt zu den tschechischen Genossen wieder verbessert werden. Aktionen, wie die Unterschriftensammlung zur geplanten Streckenstilllegung der Bahn, die Finanzierung des Flughafens Hof-Plauen oder die Durchführung des Sommerfestes in Plauen, wurden genannt. Besonders bedankte sich Thomas bei Sandy Gruber, die trotz Schwierigkeiten mit dazu beigetragen hat, dass der Vogtlandbote weiter erscheinen konnte. Dem neuen Vorstand gab er mit auf den Weg, regelmäßige Zusammenkünfte mit den Stadträten, Kreisräten und Gemeinderäten durchzuführen und die Zusammenarbeit mit den Thüringer Genossen zu verbessern.

Im Anschluss verlas Sigrid Mann den Finanzbericht. Sie bedankte sich bei den Ortschaftsräten für die Einhaltung der Finanzvorgaben. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die Pflege des Mitglie-

derbestandes, was häufig mit Problemen verbunden ist. Eine genaue Übersicht der Einnahmen und Ausgaben 2012 ist erst möglich, wenn die Jahresabschlussrechnung abgeschlossen ist.

Im Anschluss der Berichte erfolgten die Wahlgänge zur neuen Vorsitzenden, den Stellvertretern, der Geschäftsführerin, den Vertreterinnen für den Landesrat sowie den Delegierten für den Landesparteitag. Zwischen den Wahlgängen fand eine rege Diskussion statt. Es wurde den neuen Kandidaten für die zu wählenden Ämtern nahe gelegt, sich wieder verstärkt der

inhaltlichen politischen Arbeit zu widmen und nur die Wahl anzutreten, wenn die Zeit und Kraft dafür da ist.

Deutlich wurde in der Diskussion die unterschiedlichen Auffassungen zu den Arbeitsgruppen und Plattformen in unserer Partei. Einige befürchteten eine Zersplitterung der Partei, andere finden es gut, dass es diese Möglichkeit gibt, sich in Gruppen mit bestimmten Interessen zusammenzuschließen.

Wahlergebnisse:

Vorsitzende: Janina Pfau (54 ja, 13 nein, 4 Enthaltungen) - kein Gegenkandidat

Stellvertreter: Rolf Steiniger (60 ja, 2 nein, 5 Enth.), Agnes Descher (55 ja, 11 nein, 1 Enth.)

Schatzmeister: Sigrid Mann (63 ja, 2 nein, 2 Enth.) - kein Gegenkandidat

Geschäftsführerin: Ilka Reißner (43 ja, 18 nein, 3 Enth.) - kein Gegenkandidat

Kreisvorstand: U. Mieth (60 Stimmen), K. Höfer (59 Stimmen), A. Hegel (47 Stimmen), J. Windisch (49 Stimmen),

L. Legath (46 Stimmen), L. Huberty (45 Stimmen), nicht gewählt J. Mantau (37 Stimmen).

Delegierte für den Landesparteitag: W. Klärner (55 Stimmen), P. Rank, (50 Stimmen), A. Roth (45 Stimmen), K. Höfer (34 Stimmen), J. Windisch (31 Stimmen), Th. Höllrich (29 Stimmen), P. Jattke (28 Stimmen), W. Hinz (27 Stimmen).

Bleibt dem neuen Vorstand zu wünschen, dass er sich jetzt ganz der Parteiarbeit im Vogtland widmen und sich auf die nächsten anstehenden Wahlen im Bund, Land und Kommunen konzentrieren kann.

*Petra Rank - Plauen*

## INFORMATIONEN AUS DEM KREISVORSTAND

Die erste Sitzung des neuen Kreisvorstandes der LINKEN Vogtland fand am 6. Februar 2013 in der Geschäftsstelle in Plauen statt.

Die Kreisgeschäftsstelle ist nun montags von 16.00 Uhr bis 17.30 Uhr sowie dienstags bis donnerstags von 15.00 Uhr bis 17.30 Uhr geöffnet. Der Kreisvorstand tagt immer am ersten Mittwoch im Monat um 18.00 Uhr in der Kreisgeschäftsstelle (6. März, 3. April, 8. Mai, 5. Juni, 3. Juli, 7. August, 2. Oktober, 4. September, 6. November, 4. Dezember).

Jeder Ortsverband wird nun von einem Kreisvorstandsmitglied betreut. Die Ansprechpartner für die einzelnen Ortsverbände werden den Vorsitzenden persönlich mitgeteilt. Das erste Treffen mit den Vorsitzenden der örtlichen Verbände soll am 9. März 2013 stattfinden. Zusätzlich wurde festgelegt, dass Kontakt zu vogtländischen Vereinen aufgenommen wird, und dass bei der nächsten Vorstandssitzung das Thema Antifaschismus behandelt wird. Alle Genossinnen und Genossen, die sich daran beteiligen möchten, sind herzlich eingeladen.

*Janina Pfau - Kreisvorsitzende*

## WER UNTERSTÜTZT DIE FORDERUNG NACH ERWEITERTER LERNFÖRDERUNG?

In der letzten Ausgabe des Vogtlandboten berichteten wir über den Antrag des Sprecherrates der Landesarbeitsgemeinschaft „Hartz IV“ an das sächsische Sozialministerium, Lernförderung im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets nicht nur versetzungsgefährdeten Kindern zu gewähren. Der Sprecherrat der LAG Hartz IV bat eine Reihe von Gremien, diese Forderung zu unterstützen.

Über folgende Reaktionen wurden wir bisher informiert: Das Sozialforum Göltzschtal hat in seiner Bürgerversammlung im Dezember 2012 einen Brief an die sächsische Sozialministerin mit den gleichen Forderungen beschlossen und abgesandt. Die Kreistagsfraktionen der LINKEN Görlitz und Vogtlandkreis haben ebenfalls Schreiben an die Sozialministerin mit gleichen Forderungen gesendet. Der Sozialausschuss der Linksfraktion des sächsischen Landtages wird einen entsprechenden Antrag an den Landtag ausarbeiten, der dann von der Fraktion eingereicht wird.

Der Vorsitzende des Landeselternrates Sachsen informierte, dass der im Januar neu zu wählende Vorstand sich Gedanken machen wird, wie er die Initiative der LAG Hartz IV unterstützen kann. Da der Landeselternrat prinzipiell den Standpunkt vertritt, dass jedem Schüler die bestmögliche Förderung zuzumessen ist, geht der Vorsitzende davon aus, dass der Landeselternrat die Initiative der LAG Hartz IV unterstützen wird.

Es gab aber auch eine Antwort, die

uns enttäuschte: Der Präsident des Sächsischen Landkreistages – der Landrat unseres Vogtlandkreises – teilte uns mit, dass der Sächsische Landkreistag unserem Antrag kritisch gegenübersteht, denn es könne nicht Aufgabe des Bildungs- und Teilhabepakets sein, Probleme der schulischen Bildungsarbeit in den Rechtskreis des SGB II und SGB XII zu verschieben. „Damit werden Probleme zu den Sozialleistungsträgern verschoben und der eigentlich Zuständige nimmt immer weniger seine Verantwortung wahr.“

Natürlich unterstützen wir die Kritik des Sächsischen Landkreistages an der schulischen Bildungsarbeit. Die ist aber politisch verursacht: zu große Klassen, zu hohe Lehrerstundenzahl, zum Teil unzureichende Lehrerbildung. Opfer dieser Mängel dürfen aber nicht die Kinder aus armen Familien sein!

In unserem zweiten Brief an das Sächsische Sozialministerium haben wir deshalb unter anderem geschrieben: „Ein Großteil der Schüler an allgemeinbildenden Schulen besucht Lernförderungskurse, um Defizite in der Aneignung der Lerninhalte zu überwinden. Den Eltern von Schülern, die Bedarfsgemeinschaften im Rechtsbereich von SGB II, SGB XII und BKG angehören, fehlt aber das Geld für die Bezahlung privater Förderungsstunden, denn bekanntlich ist diese Leistung in den Regelbedarfen nicht berücksichtigt. ... Für uns ist die in der Gesetzesbegründung genannte Einschränkung nicht mit dem vom Bundesverfassungsgericht geforderten menschenwürdigen Existenzminimum vereinbar.“

Unsere Bitte bleibt: Beteiligt euch an der Diskussion um die Begriffsauslegung „wesentliches Lernziel“! Fordert eine weite Begriffsauslegung, damit auch Schüler aus Hartz IV-Familien, die nicht versetzungsgefährdet sind, gefördert werden können!

Dr. Dorothea Wolff - Auerbach/V.

## ALS KREISRAT AUF DER GRÜNEN WOCHEN IN BERLIN

Die Kreistagsfraktionen erhielten vom Sächsischen Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft eine Einladung für den Sachsenabend anlässlich der internationalen Grünen Woche in Berlin. Da meine berufliche Entwicklung in der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft begann, nahm ich mit großem Interesse die Einladung wahr, um mich über neue Entwicklungen zu informieren.

Ausmaß und Besucheransturm haben mich überrascht. In den Ausstellungen aller Bundesländer und aus anderen europäischen Ländern wetteiferten die Aussteller um die beste Repräsentation ihrer Produkte und lockten die Besucher mit dem vielfältigen Angebot zum Kauf – wie mir schien, mit gutem Erfolg. Besonders gefallen hat mir die Darstellung aus Brandenburg.

Auf der Sachsenausstellung wurden besonders die Qualitätsweine hervorgehoben, und aus dem Vogtland der Erhalt der guten alten Kartoffelsorten, die auch zur Verkostung angeboten wurden. Geschmack und Konsistenz konnten zum wiederholten Male überzeugen. Hervorgehoben werden können auch die Erzeugnisse von Ackermanns Haus mit ihren hochwertigen Säften nicht nur für Kleinkinder.

Nach einem sehr anstrengenden Tag habe ich mich kurz erholt, um zum Abendempfang aufnahmefähig zu sein. Ich hatte gehofft, auch noch Kreisräte aus anderen Fraktionen zu treffen, doch leider vergebens. Mit dem Landrat konnte ich ein kurzes Gespräch führen. Übereinstimmung gab es zur Notwendigkeit der Entwicklung regionaler Kreisläufe bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Energieversorgung und Abfallwirtschaft.

Informativ waren für mich auch Gespräche mit Vertretern aus Hessen und deren Initiativen bei der Organisation des ländlichen Lebens, besonders unter Mitarbeit der Landfrauen.

Volker Mieth - Auerbach/V.



## SOZIALE (LOHN-)GERECHTIGKEIT Á LA SPD

Die SPD hat sich dazu entschlossen, die soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes zu stellen. Eigentlich prima. Denn die SPD hätte viel wieder gut zu machen. Sie war es ja, die in Tateinheit mit den Grünen die Verhältnisse am Arbeitsmarkt auf den Kopf gestellt hat. Zum Beispiel durch Befristungen, Leiharbeit, Minijobs, Werkverträge und Scheinselbstständigkeit.

Es gibt also viel wieder in Ordnung zu bringen. Vor allem auch bei der vollkommen unbefriedigenden Lohnentwicklung im öffentlichen Dienst. Um rund zehn Prozent sind die Löhne seit 2000 für die dort Beschäftigten zu wenig erhöht worden. Dies ist der Befund, wenn man als Maßstab den „verteilungsneutralen Spielraum“, also Produktivitäts- und Preissteigerung anlegt.

Ver.di geht jetzt in die Lohnrunde für die Beschäftigten der Länder. Die Forderung von 6,5 Prozent mehr Lohn ist in Anbetracht der Verluste eher bescheiden. Bei den Löhnen im öffentlichen Dienst könnten sich SPD-Minister sofort beweisen, dass sie für soziale Gerechtigkeit eintreten. Sie brauchen nicht bis zur Bundestagswahl zu warten.

Aber wenn es nicht um muntere Wahlversprechen geht, sondern konkrete Politik, lauert die Enttäuschung. Verhandlungsführer der Arbeitgeber ist der SPD-Minister aus Sachsen-Anhalt Jens Bullerjahn. Er hat im Vorfeld schon deutlich gemacht, dass er die ver.di-Forderung für unrealistisch hält und vielmehr für Schuldenabbau ist: „Ich will die Tilgungsleistung erhöhen und nicht die Personalausgaben.“

Und in Baden-Württemberg tut sich der SPD-Finanzminister Nils Schmid damit hervor, dass er höchstens einen Abschluss von 1,5 Prozent für denkbar hält. Ein SPD-Minister tritt damit für eine weitere Reallohnsenkung ein, denn die Preise werden mit Sicherheit um mehr als 1,5 Prozent steigen. Nachdem Grün-Rot bereits Wahlversprechen gebrochen und 6.000 Lehrerstellen abbauen will, sollen jetzt auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst bluten. Wegen der Haushaltslage.

Die knappen Kassen sind ein durch SPD und Grüne selbst geschaffenes Drangsal. Die Steuergeschenke an Reiche und Konzerne aus den Jahren 2001 bis 2011, die sich aus den Steuerreformen der rot-grünen und rot-schwarzen Bundesregierungen ergaben, belaufen sich zusammengerechnet auf

rund 600 Milliarden Euro. Mit einem Bruchteil davon hätte man verhindern können, dass die Beschäftigten um rund zehn Prozent abgehängt wurden!

Und die Schulden in Deutschland sind nicht dadurch entstanden, dass zu viel Geld für ein höheres Rentenniveau oder bessere Bildung ausgegeben wurde. Allein die Bankenrettungen seit 2008 haben die deutschen Staatsschulden um knapp 400 Milliarden Euro erhöht. Von Überlegungen, wie man sich dieses Geld bei den Reichen und Vermögenden wiederholen kann, findet sich bei der SPD nichts. Lieber werden normale Beschäftigte zur Kasse gebeten. Soziale Gerechtigkeit á la SPD.

Am Ende werden die Kollegen versuchen, sich selbst zu helfen: durch Streiks. Dies ist sinnvoll und notwendig. Solidarität von der LINKEN ist ihnen gewiss. Aber gerade bei den Landesbeschäftigten, die besonders schwierige Kampfbedingungen haben, wird der Arbeitskampf immer nur stückchenweise weiterhelfen und nicht zur vollständigen Beseitigung aller Lohnungerechtigkeit führen. Dazu ist mehr notwendig: einen wirklichen Politikwechsel! Dafür steht DIE LINKE.

*MdB Michael Schlecht - Chefvolkswirt der Bundestagsfraktion DIE LINKE*

## BUNDESTAGSWAHL 2013

Die vogtländischen Seniorenverbände kamen am 05. Februar 2013 zur zweiten Runde „Bundestagswahl 2013“ im Club der Volkssolidarität Plauen zusammen. Das Anliegen ist eine inhaltlich überzeugende Dokumentation zu erstellen, welche als Hauptthema „Rente / Altersarmut“ hat.

Tatsache ist, dass die meisten Rentner bei Wahlen ihr Kreuzchen immer noch bei den Parteien machen, die Rentenkürzungen (Rente mit 67) und Altersdiskriminierung zu verantworten haben. Deshalb wollen wir ein Arbeitsmaterial erstellen, das vor allem betroffene und werdende Rentner erreichen soll. Immer noch werden nach 22 Jahren deutscher Einheit, die Lebensleistungen im Osten durch niedrigeren Rentenwert von 11,2 % niedriger bewertet als im Westen. Wir werden in unserem Flugblatt auch Fragen er-

arbeiten, die bei Vorstellungen der Kandidaten für den Bundestag alle interessierten Bürger verwenden können.

So zum Beispiel: Was hat der Kandidat getan oder ist gewillt zu tun, um den Rentenwert Ost an den Rentenwert West anzugleichen. Was hat der Kandidat getan oder ist gewillt zu tun, das bestehende Rentenstrafrecht zu beseitigen. Was will der Kandidat tun, damit Vollzeitarbeitende, die trotzdem nicht genug verdienen, um ohne Stütze leben zu können, im Alter eine Rente erhalten, die zum Leben reicht (67 Arbeitsjahre).

Bei den Beamten in Sachsen liegt das Renteneinstiegsalter im Durchschnitt bei 59,4 Jahren. Dabei erhält ein Beamter eine monatliche Pension von durchschnittlich 1.870 EUR, ohne Rentenkassenbeitrag geleistet zu haben.

Wir brauchen eine Rentenpolitik, die eine Rente zum Leben gewährleistet.

Dazu gehört, dass das Rentenniveau wieder auf 53 % angehoben wird, die unterschiedlichen Beitragsbemessungsgrenzen Ost und West aufgehoben werden und eine solidarische Mindestrente von 1.000 EUR eingeführt wird.

Wir werden das Flugblatt bis Mai/Juni 2013 produzieren, um unseren Bürgern ein aktuelles Material zukommen zu lassen.

Die Vertreter der vogtländischen Seniorenverbände stecken sich das Ziel, mit dem Flugblatt zur Bundestagswahl viele Bürger, vor allem Nichtwähler, zu erreichen. Sie aufzurufen: „Nutzen Sie Ihr Wahlrecht für Ihre Interessen!“

*Heinz Discher - AG Senioren Plauen*

## NICHTS UND NIEMAND IST VERGESSEN!!

### Brauner März 1933 in Plauen

Es gibt Jahrestage, bei denen das Erinnern mit Schmerz und auch mit Scham verbunden ist, weil sie Wendepunkte zum Verbrechen an der Menschheit und am eigenen Volk waren und die Ereignisse in der Vaterstadt Schlaglichter auf das Geschehen im ganzen Land werfen. Die ersten Tage des März 1933 gehören dazu.

Mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch den damaligen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg, dem Reichstagsbrand und der nur Stunden später erlassenen „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ war der Auftakt zum Abriss demokratischer Institutionen und der Erdrosselung der Weimarer Republik erfolgt.

In Plauen werden in der Nacht zum 1. März zahlreiche Verhaftungen vorgenommen, darunter der kommunistische Stadtrat Walther. An diesem Tag tritt die Stadtverordnetenversammlung zusammen. Die Nazi-Fraktion hatte den Antrag gestellt, Hindenburg und Hitler zu Ehrenbürgern zu machen. Die Fraktionsvorsitzenden von SPD und KPD, Eugen Fritsch (zugleich Schriftleiter der sozialdemokratischen „Volkszeitung“) und Richard Mildienstrey, der das Ganze lautstark einen Faschingscherz genannt hatte, wurden mit anderen aus dem Saal getrieben. Die jetzt gegebene Nazi-Mehrheit erklärt dann bei der Abstimmung Hitler und Hindenburg zu Ehrenbürgern der Stadt Plauen. Unter dem johlenden Beifall der auf dem Altmarkt zusammengeströmten Nazihorden verkündet de-

ren Fraktionsvorsitzender Gauding das Ergebnis, während die ersten Hitlergegner in den Haftbuchten der Polizeiwache im Rathaus eingekerkert sind.

Am 8. März dringt eine Abordnung der Nazi-Fraktion zu Oberbürgermeister Dr. Schlotte vor und zwingt ihn, sein Amt zur Verfügung zu stellen und erklären den bisherigen Baubürgermeister Wörner zum Rathaus-Chef. Im Handstreich haben die Nazis die Stadtspitze besetzt. Am 8. März wird das Gebäude der „Volkszeitung“ gestürmt, die Beschäftigten werden von der Polizei verhaftet.



*Eugen Fritsch, Gauvorsteher des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold*

Am 10. März schließen Wörner und Gauding die noch nicht verhafteten Ratsmitglieder und Stadtverordneten der KPD von den Sitzungen aus. Am 13. März werden dann alle kommunistischen Beamten und Lehrer aus dem

Dienst entlassen und mit Dienststrafverfahren belegt. Am 14.3. werden in Hof die Redakteure der Volkszeitung Albert Emmerich und Eugen Fritsch (Fraktionsvorsitzender der SPD) bei einem Treff verraten und verhaftet. Man bringt sie zunächst in die Hafträume im Plauener Rathaus, wo sie verhört und misshandelt werden. Eugen Fritsch - bei den Nazis besonders verhasst, weil er bereits 1925 in einem Prozess gegen Hitler und Nazi-Gauleiter Mutschmann wegen deren ausländischer Finanzquellen obsiegte - war auf der großen Kundgebung für den von den Nazis in Plauen/Thiergarten erschlagenen Kommunisten Willy Thoß neben Waldemar Verner Trauerredner. Nach Haft im Zuchthaus Osterstein in Zwickau wird Eugen Fritsch ins KZ Hohnstein bei Bad Schandau verbracht und am 8. September 1933 ermordet. Etliche Stadtverordnete sind unter den Opfern des Naziterrors. So auch der im KZ ermordete Isidor Goldberg, langjähriger Fraktionsvorsitzender, prominenter Rechtsanwalt und Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Plaueus.

Die am 9. November 1938 brennenden Synagogen, der Eroberungskrieg des faschistischen Deutschland gegen die Völker Europas, der Holocaust und die Zerstörung Plaueus folgten. Die Geschehnisse in Plauen vor 80 Jahren sollten auch im Angesicht aktueller Entwicklungen unaustilgbarer Bestandteil der Erinnerungskultur sein.

*Klaus Jäger - Stadtrat in Plauen*

## GEDENKEN GEHÖRT NICHT INS MUSEUM!

Gedenken und Mahnungen gehören nicht nur in Museen und „abgelegene Gärten“! Sie gehören in das öffentliche Bewusstsein! Also dorthin, wo viele Bürger täglich an Geschehnisse erinnert werden, bei denen mutige Menschen, wie der Plauener Eisenbahner Paul Dittmann, das Leben von unschuldig Verfolgten retteten. Gerade durch eine Vielzahl von Denkmälern für Personen, die sich der faschistischen Diktatur widersetzen, wird doch auch heutigen Generationen gezeigt, dass es möglich ist, sich zu wehren!

Warum wohl hatte Bundespräsident Roman Herzog und später auch die UN den 27. Januar zum Gedenktag für die Opfer des faschistischen Terrors ausgerufen? Die Forderung auf der Tafel am oberen Bahnhof „Nie wieder Faschismus!“ entspricht diesem Anliegen.

Immer noch gestattet die Justiz den Anhängern der faschistischen Anschauungen ihre Entstellungen der Geschichte durch „Trauermärsche“ und andere Formen öffentlich zu zeigen. Erfahren wirklich alle Schüler in den Schulen die Wahrheit über die Ursachen und

Zusammenhänge der faschistischen Diktatur? Deshalb fordern wir die Stadt Plauen und die Deutsche Bahn AG auf, die Gedenktafel an einen aufrechten Menschen am oberen Bahnhof in Plauen zu belassen und in einen würdigen Zustand zu versetzen. Für die Deutsche Bahn als Erbe der Reichsbahn würde das ein gewisses Maß an Wiedergutmachung für die Profiteure durch ihre Todeszüge in die Vernichtungslager bedeuten! Sie sollte stolz sein, auf solche Angehörige wie Paul Dittmann!

*Peter und Renate Jattke - Treuen*

## LEBENSROHSTOFF WASSER IST EIN ÖFFENTLICHES GUT

Mit einer neuen Richtlinie will die EU-Kommission Wasser zur Handelsware machen. Ende Januar stimmte der Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlamentes den Richtlinien-Vorschlägen des französischen EU-Kommissars Michael Barnier zu, die vorsehen, dass für kommunale Wasserbetriebe, die mehr als 20 % ihrer Geschäfte nicht mit der Eigentümerkommune machen, die europaweite Ausschreibung der Wasserversorgung spätestens ab 2020 zur Pflicht wird.



nimmt Schaden. Anfänge gibt es auch in Deutschland: Im Sommer verfügte das Bundeskartellamt, dass die Wasserpreise in Berlin deutlich gesenkt werden müssen. In der Hauptstadt liegt die Wasserversorgung zu 49,9 % in den Händen der privaten Unternehmen RWE und Veolia (ein französischer Konzern!).

Die EU-Richtlinie muss gestoppt werden. Die Wasserwirtschaft muss aus der Richtlinie gestrichen werden. Die europäische Bürgerinitiative (EBI) „Wasser ist ein Menschenrecht - Right 2 Water“ kämpft für die Durchsetzung der Resolution der Vereinten Nationen, die das Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung festschreibt. Die Bürgerinitiative hat ein Volksbegehren auf EU-Ebene gestartet, für das eine Millionen Unterschriften nötig sind. Dieses Ziel wurde im Februar erreicht. Erstmals. Jetzt muss sich die EU-Kommission mit diesem Thema befassen, eine Antwort an die EBI ist Pflicht.

Man braucht kein Prophet zu sein um festzustellen, dass die Lobby der Großkonzerne wieder am Werke war, um das für sie lukrative, hohe Renditen versprechende Wassergeschäft von der öffentlichen in private Hände zu geben. Angesichts einer öffentlichen Versorgungsrate zwischen 90 und 95 % weltweit verwundern diese Hoffnungen nicht. In Sachsen beträgt der Anschlussgrad an die öffentliche Wasserversorgung sogar 99,3 %.

Es gibt genug warnende Beispiele aus anderen Ländern, wohin eine solche, das Menschenrecht auf Wasser ignorierende, radikale Privatisierungspolitik führt. In Teilen Portugals explodierte der Preis um 400 Prozent. In London spart der Private an Leitungen, so dass es immer wieder zu Wasserrohrbrüchen kommt. Auch die Wasserqualität

Auch die europäischen Parlamentarier können bei der Behandlung der Richtlinie im Mai aus meiner Sicht nicht an dem klaren Votum der Bürger vorbei entscheiden. Um den Druck weiter zu erhöhen und unsere Ablehnung der Privatisierungsabsichten zu dokumentieren, bitte ich Euch/Sie um die Unterschrift für die Petition der Bürgerinitiative unter [www.right2water.eu/de](http://www.right2water.eu/de). Die Unterschriftensammlung läuft noch bis zum 1. November 2013. Das nächste Ziel der EBI sind zwei Millionen Unterschriften bis September. Helft, dieses Ziel zu erreichen!

*MdL Andrea Roth - Tannenbergsthal*

## STOPPT DIE KRIEGSTREIBER!

Die deutsche Regierung hat immer neue Einfälle, um ihre kriegerischen Gelüste zu befriedigen. Der Jugoslawien-Krieg und der in Afghanistan genügen ihr nicht.

Patriot-Raketen sind an der türkischen Grenze zu Syrien stationiert. Wohlwollend werden die französischen (Atom-)Interessen in Mali betrachtet. Nunmehr ist die Anschaffung von Drohnen das Mittel, um einen „modernen“, weil „sauberen“ Krieg führen zu können, egal, wo auf der Welt.

Fallen wir den Kriegslobbyisten in den Arm und regeln wir gemeinsam mit den anderen Völkern alle Probleme friedlich, wie es einer Zivilgesellschaft des 21. Jahrhunderts geziemt.

Nach wie vor gilt: Zur friedlichen Koexistenz gibt es keine „kriegerische“ Alternative!

*Die Teilnehmer an der Wahlveranstaltung der Plattform Internationalismus beim Landesverband DIE LINKE Sachsen Chemnitz, 6. Februar 2013*

### Mehrheit forderte niedrigere Gebühren!

*Zum Beitrag „Sterben wird immer teurer“ im Vogtlandboten Januar 2013 erreicht uns folgende Aktualisierung:*

In der nichtöffentlichen Vorberatung war ich mit meiner Forderung, nur 60% der neu ermittelten kalkulatorischen Kosten als Gebühren für unsere zwei städtischen Friedhöfe anzuwenden noch auf verlorenem Posten. Umso mehr freue ich mich, dass genau diese Forderung dann in der öffentlichen Sitzung des Stadtrates zum Mehrheitsbeschluss wurde! Manchmal dauert es etwas länger - und erfordert eben die Öffentlichkeit!

Nun möchte ich auch meine zweite Forderung realisieren: Eine Vereinbarung zwischen der Stadt und der Kirchgemeinde als Betreiber des Friedhofs in Treuen. Wo gibt es bereits solche Vereinbarungen? - fragt

*Peter Jattke - Stadtrat in Treuen*

## UNSERES VOLKES REGENTEN

Hoch über dem Volke muss das Regieren wunderbar sein.  
Der Wähler Sorgen, sagt man, bleiben in Berlin verborgen und dann für des Volkes Wünsche und Zukunft steht niemand hier ein.

Für ihre Lobby ist das Leben herrlich und fein.  
Mit Geschäften bedenken, sagt man und Steuergelder schenken und dann wird ihre Welt froh, sorglos und schön durch die Politiker sein.

Hoch über dem Volke im deutschen Plenarsaal zu sein.  
Da wird schamlos gelogen, sagt man und der Wähler betrogen und dann im Parlament denkt keiner an die Unterschicht und diese bleibt für immer ganz klein.

Hoch über dem Volke kann die Macht schön und grenzenlos sein.  
Wer im Gelde darf schwimmen, sagt man, kann über die Kleinen bestimmen und dann wird sich niemals etwas ändern in diesem Land, das Volk muss sich endlich selber befrei'n.

*Dieter Riedler - Leubnitz*

## TOTENSCHHEIN FÜR EINE REPUBLIK

Das Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933

Anlässlich des 80. Jahrestages der Machtübergabe an die deutschen Faschisten findet am 22. März 2013 um 17.00 Uhr in der Gaststätte des Neuberinshauses zu Reichenbach (Weinholdstraße 6) ein öffentliches Geschichtsforum statt.

Referent ist der weithin bekannte Historiker Prof. Kurt Pätzold aus Berlin.

Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen.

*VVN-BdA Kreisverband Vogtland  
Geschichtsverein „Freundeskreis Max  
Hoelz e.V.“*

## SCHUH DES MONATS



## WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern des Vogtlandboten, die im März Geburtstag feiern können. Besondere Grüße an jene, welche einen „runden“ begehnen oder über 80 Jahre jung werden:

G. Wohlfahrth	Mylau	01.03
Hannelore Richter	Reichenbach	02.03
Johannes Seidel	Plauen	03.03
Inge Kaiser	Adorf	06.03
Irmgard Meisel	Zwota	06.03
Michael Ruppert	Selbitz	06.03
J. Wenzel	B. Brambach	09.03
Volker Mieth	Auerbach	11.03
Walter Grieser	Rodewisch	12.03
Friedrich Scheller	Reichenbach	15.03
Irmgard Schröter	Plauen	16.03
Dieter Noll	Auerbach	16.03
Anneliese Petzold	Lengenfeld	16.03
Renate Müßig	Plauen	17.03
Herbert Gonser	Klingenthal	18.03
Ruth Wetzel	Mylau	19.03
Ruth Stephan	Plauen	20.03
Sonja Müller	Rodewisch	20.03
Bringfried Zierold	Auerbach	20.03
Sigrun Weigel	Klingenthal	21.03
Gerda Liebscher	Plauen	23.03
Gertrud Wild	Lengenfeld	24.03
Dora Löscher	Lauschgrün	27.03
Ilse Meinel	Klingenthal	28.03

Wir wünschen allen viel Gesundheit, viel Kraft und alles erdenklich Gute!

## Der Vogtlandbote

### Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei Die LINKE. Erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei Die LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: Sparkasse Vogtland, BLZ 87058000, Konto-Nr. 3552002390, Kontoinhaber: Die LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote.

Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE, 08209 Auerbach/V., A.-Schweitzer-Str. 34; E-Mail: vogtlandbote@online.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18.02.2013, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 22.03.2013.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder Eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: P. Giersich - Auerbach/V.

## FRAUENTAG IM RATSCELLER FALKENSTEIN

Der Göltzschtalverband DIE LINKE lädt für Freitag, den 08. März 2013 von 14.00 bis 19.00 Uhr herzlichst anlässlich des Internationalen Frauentages ein!

Für Musik und Unterhaltung ist gesorgt. Die Kleinsten aus dem Knirpsenland werden uns mit ihren Darbietungen erfreuen.

*Rolf Steiniger - Falkenstein*